

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark. Einzelne Nummern 80 Mark.  
Herausgeber: Reichsbahnstelle Nr. 21295 — Schriftleitung: Nr. 14574.  
Postleitzettelnummern Dresden Nr. 2496.

Ankündigungen: Die 22 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfangsteil 300 M., die 68 mm breite Grundzeile oder deren Raum im mittleren Teile 600 M., unter Eingeschalt 800 M. Erhöhung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Blätter, Synodal-Blätter, Richtungslisten der Verwaltung der Staatsbahnen und der Landesverwaltung, Verkaufsliste von Holzspanen auf den Stadtschreinereien.

Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Holler in Dresden.

Nr. 48

Montag, 26. Februar

1923

## Rußland als Vermittler?

In Frankreich suchen die französischen Regierungen die kulturbildenden Maßnahmen auf deutschem Gebiet mit „Gewaltaten des Deutschen“ im besetzten und „militärischen Vorbereitungen“ im unbesetzten Gebiet zu rechtfertigen. Sowohl für die eine wie für die andere Behauptung sind Unterlagen nicht vorhanden. Von Gewaltaten der Bevölkerung im besetzten Gebiet kann bisher trotz der Provokationen der Besetzung nicht die Rede sein, und ebenso gibt es im unbesetzten Deutschland keine „militärischen Vorbereitungen“ in dem Sinne, wie sie die französische Presse schafft. Die deutschen Verbündeten haben aber bei ihren Maßnahmen gegen die, welche sich immer noch nicht damit abfinden können, daß wir den Krieg verloren haben und ein weiches Volk sind und deren Gedächtnis nur von heute auf morgen reicht, allgemeine Unterstützung.

Bei aller Kritik der Gegenhäbe bleibt das Erfreuliche, daß sich auch in Frankreich die Stimmen mehren, die den Wahrheiten der französischen Politiker, darunter der frühere Minister Doumergue, beginnen jetzt offen ihre Meinung über die „verdeckten Maßnahmen“ zu äußern und sehen ein, daß schließlich nur der Weg der Verhandlungen übrig bleibt, der aus dem gegenwärtigen Krieg herausführen kann. Aber nicht nur in Frankreich, sondern auch im übrigen Ausland machen sich ähnliche Stimmen. Die Frage steht nun: Wer soll vermittelnd und unter welchen Voraussetzungen kann verhandelt werden? Die lebte Debatte im englischen Unterhaus über die Ruhmung hat gezeigt, daß von England in dieser Hinsicht vorläufig nicht viel zu erwarten ist, und es kann noch einer Handlung mehrerer maßgebender englischer Konservativer in diesen Tagen kaum erwartet werden, daß England vermittelnd eingeschalten wird, solange Amerika aus seiner Reserve nicht herausgetreten ist. Amerika aber wird ohne Zustimmung auch Frankreich zu einer Intervention eindringlich passiv bleiben. Dass eine derartige Zustimmung trotz der Kritik der Lage von Poincaré oder besser Millerand, bald zu erwarten ist, bleibt kaum anzunehmen. Die Furcht um einen Prestigieverlust ist im Augenblick bei dem offiziellen Frankreich größer als die Vernunft. Aufdringlich wirken in dieser verworrenen Situation die eisigen Hinweise der französischen Presse auf die Annäherung zwischen Russland und Frankreich, die fächerlich einzusehen sind. Es ist nicht als unwahrscheinlich zu betrachten, daß jene Versprechungen, die zu dieser Annäherung führten, auch die Rückaktion Frankreichs einschlossen und daß das offizielle Russland bei dieser Gelegenheit vor der Aktion gewarnt hat.

Die Möglichkeit, daß selbst von dem durch die Entente nicht anerkannten bolschewistischen Russland ein vermittelnder Schritt tatsächlich werden kann, scheint gegenwärtig nicht ausgeschlossen. Deutschland will jede Vermittlungskontakt anstreben, von welcher Seite sie auch kommt und wird sein möglichstes tun, um jeder Vermittlung zum Ziel zu verhelfen. Wenn es so ist, dann wird auch die gegenwärtige Reichsregierung erklären, daß sie bereit ist, zu verhandeln ohne reale Räumung des neutralen Gebietes, aber auf der Basis der Gleicherberechtigung, wie es vor allem auch die deutsche Arbeiterschaft verlangt.

## Das Spiel mit dem Machtgleichgewicht.

Englands Sorgen.

London, 26. Februar.

Dem „Döner“ folge widmet die englische Regierung der neuen, allerdings noch nicht ernsten Bedeutung der französischen Diplomatik eine eingehende Betrachtung. Wenn die augenblickliche Aktion Frankreich zu einer neuen Gruppierung der Mächte führen sollte, so würde die englische Politik natürlich neuorientiert werden. Das Gräßt der Freundschaft für Frankreich, das weiterhin die englische Politik beeinflusste, veranlaßte die englischen amlichen Kreise zur Hoffnung, daß Frankreich nicht darauf reagieren werde, das gesuchte Spiel des Machtgleichgewichts zu spielen. Die Tatsache, daß die besten Köpfe in Paris bereits die Zweckmäßigkeit dieses Ver-

## Die Politik der versäumten Gelegenheiten.

Lloyd Georges Urteil über die Ruhrbesetzung.

Lloyd George behandelt in einem Artikel im „Daily Chronicle“, der, wie die früheren, von der D. A. B. wiedergegeben wird, die Ruhrfrage. Der ehemalige englische Ministerpräsident nennt Frankreichs Aktion einen öffentlichen Fehlschlag. Was Frankreich jetzt tut, sei nicht eine produktive Nutzung der Bergwerke, Eisenbahnen und Industrieanlagen, sondern eine Belagerung Deutschlands. Der Ausgang der Aktion ist noch seiner Meinung für Frankreich negativ:

Frankreich hat nunmehr alle Hoffnung aufgegeben, die Bergwerke, Eisenbahnen und Industrieanlagen an der Ruhr durch militärische Beauftragte zu betreiben. Heute kann man nicht jeden Arbeiter erschließen, der nicht sowohl sein Zepter ausstreckt, der nicht fordert, oder der sich weigert, auf Gehalt von irgend jemand einen Waggon zu beladen oder eine Lokomotive zu führen. Frankreich ist nicht imstande, den nötigen Bruch von Bergleuten und Eisenbahnpersonal zu stellen, um die Laster anzutasten, die durch die Belegerung der Arbeiter geschaffen werden. Und selbst wenn es dazu imstande wäre, würden Motive vergessen, die die Lente hinreichend eingeschüttet wären, um arbeiten zu können, ohne sich leicht in Gefahr zu bringen. Daraus hat man eine neue Politik improvisiert. Sie besteht in nichts weniger als in der Belagerung Deutschlands. 60 Millionen Deutsche sollen durch Unterdrückungen zur Übergabe gezwungen werden.“

Lloyd George wendet sich gegen die — oft auch in Deutschland vertretene — Auffassung, daß der Einfall ins Ruhrgebiet kommen müsse.

„Ich muß — schreibt er — gegen diese Auffassung entschieden protestieren. Wenn dies unüberlegte Unternehmen noch um ein paar Monate verschoben worden wäre, so hätte, wie ich glaube, keine französische Regierung sich daran eingelassen. Kein französischer Staatsmann von irgendwelcher Bedeutung glaubt in seinem Inneren, daß es vernünftig ist. Jetzt, nachdem Frankreich Ansehen von seinem Schilde abhängt, unterschlägt es alle.“

Im Einklang mit allen Feststellungen objektiver Beobachter erklärt auch Lloyd George, daß das französische Volk der Katastrophenpolitik an der Ruhr ablehnend gegenübersteht:

„Die französischen Arbeiternasen waren sehr gegen diese Politik. Der Bauer in jedem Lande ist langsam. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der französische Bauer die militärischen Abenteuer seit jetzt ... Es ist deßhalb nicht erstaunlich, daß die Nachbarn sowohl im ländlichen Frankreich wie im städtischen Frankreich deutlich zeigen, daß man nicht von ihnen wissen will, auf Grund deren bewohnter Grenzen in feindlichem Gebiet einzumarschieren müssen. Das sorgenvolle französische Volk hat allen Anlaß, vor einer Aktion zurückzuschnellen, die zu weiterem Blutvergießen führt.“

Lloyd George zählt dann eine lange Reihe von Fehlern und Unterlassungen auf, die, nach seiner Ansicht, die gegenwärtige traurige Situation geschaffen haben. Auch den Rapallo-Vertrag rechnet er dazu.

„In Europa verfügte Deutschland eine große Gelegenheit, als alle europäischen Nationen zum ersten Male zusammenkamen, um ihre Schwierigkeiten im Geist der Gleichheit und Freundschaft zu besprechen. Es ist richtig, daß aus Verlangen Frankreichs, die Reparationen vom Konferenzprogramm ausgeschlossen waren. Über der See, den eine französische Regelung aller anderen schwierigen Fragen gewestet hatte, würde eine vernünftige und mögliche Behandlung der Reparationsfrage gekommen. Deutschland hat

sich, Großbritannien durch einen kontinentalen Block zu isolieren, anzusehen begonnen, herzte Benutzung.“

## 5 Millionen Papierfrancs an die Reparationskommission.

Berlin, 24. Februar.

Die Meldung der „Chicago Tribune“, daß Deutschland an die Reparationskommission 10 Mill. Goldmark für laufende Aufgaben abgeschafft habe, wird von der Regierung dahin richtiggestellt, daß am 19. Februar 5 Mill. Papierfrancs von der deutschen Regierung an die Reparationskommission für laufende Ausgaben gezahlt wurden. Die Regierung hat bekanntlich auf Grund des Vertrages für die Ausgaben der Reparationskommission aufzutreten und muß diese Zahlungen zahlen, da auch unter den gegenwärtigen Umständen das Verhältnis mit der Kommission aufrecht erhalten wurde.

## Asquith über die Ruhraktion.

London, 25. Februar.

Asquith erklärte in einer Rede in Cambridge, die Lage im Ruhrgebiet sei sehr ernst. Die Beziehungen Englands zu Frankreich würden einer großen Belastung ausgesetzt. Es gebe keine entschiedene Verurteilung der auswärtigen Politik als die augenblickliche Lage. Es sei schwer zu sagen, ob der Kriegsvertrag oder das Gelingen des französischen Kriegsdenkmals für die Zukunft Europas verhängnisvoller sein würde. Es sei klarer als je, daß die Mitwirkung des Volkes und des nachgesuchten und seine Autorität angenommen werden müsse. Es könnte zwar sein, daß Frankreich nicht bereit sei, sie anzunehmen, es müsse jedoch versucht werden. Es müsse der unwiderrückliche Beweis geleistet werden, daß die Isolierungsschlacht keinerlei moralisches oder materielles Ergebnis zeigte.

## Eine französische Stimme der Vernunft.

In der letzten Nummer der „Revue Parlementaire“ lädt deren Herausgeber Henry de Champon an dem Kabinett eines klaren und sachlichen Kriegs. Es geht davon aus, daß, so wenig wie Deutschland in Spanien, Frankreich an der Ruhr durch Strafen, Ausweisungen, Gefangen und Tötung des Widerstandes eines ganzen Volkes brechen könnte; daß einige Ergebnisse werden vielmehr die Belastung des Hauses zwischen Frankreich und Deutschland sein.

„Wir könnten unmöglich anders handeln, verlieren die französische Regierung. Ich kenne die Weise. Unabdingbar, aber ungünstig wäre die Rolle eines Politikers, der es wagen würde, die ganze Wahrheit und nicht nur einen Teil der Wahrheit zu sagen. Dieser könnte sagen, daß unsere Finanzen auch deßhalb in Ordnung sind, weil der französische Staat sich nicht genügend angestrengt hat, weil die französischen Regierungen also oft erklärt haben: Deutschland wird zahlen!, und allzu leicht die französische Regierung. Ich kenne die Weise. Unabdingbar, aber ungünstig wäre die Rolle eines Politikers, der es wagen würde, die ganze Wahrheit und nicht nur einen Teil der Wahrheit zu sagen. Dieser könnte sagen, daß unsere Finanzen auch deßhalb in Ordnung sind, weil der französische Staat sich nicht genügend angestrengt hat, weil die französischen Regierungen also oft erklärt haben: Deutschland wird zahlen!, und allzu leicht die französische Regierung.“

## Poincaré fordert weitere territoriale Abtretungen im Kölnischen Gebiete.

London, 26. Februar.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Am Sonnabend habe, wie verlautet, Poincaré eine sehr dringende Mitteilung nach London über die Frage der Eisenbahnen im Kölnischen Gebiete gefordert, in der um weitere Zugeständnisse für die französischen Militärdörfer ersucht werde. In Paris sei man nicht bestreitigt von den neuen zu sehr beschränkten Forderungen für den Kohlenverbrauch, die durch General Godries Abteilung des Reichsministeriums gewährt wurden. Man fordere die Abtretung einer weiteren Schmalstrecke durch die britische Zone ein wenig weiter Süden. Der Berichterstatter sagt: Wenn diese Forderung bewilligt würde, so würde das eine weitere territoriale Abtretung seitens Großbritanniens bedeuten. Diese Forderung lasst daher nicht erwogen werden.

## Vor dem französischen Kriegsgericht.

Mainz, 26. Februar.

Der Oberbahnmeister Johann Schäfer aus Goslar hat vor dem französischen Kriegsgericht zu verantworten, weil er Eisenbahnarbeiter am Tage des Beginns des Eisenbahnstreiks zur Niederlegung der Arbeit erfordert und befunden haben soll, vier Telefongänge zwischen dem Bahnhof Goslar und Wiesbaden zu durchschneiden. Der Angeklagte bestreitet die ihm zur Last gelegten Handlungen, wurde aber trotzdem zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem hatten sich weitere neun Eisenbahnbeamte und der Direktor der Filiale der Diskontogesellschaft in Wiesbaden, Wolpert, zu verantworten, weil sie 50 Mill. M. Schäfer und Böhme für die freibefindenden Eisenbahner ausgezahlt und den Stellvertreter bestellt haben sollen. Acht Beamte erhielten je drei Monate und der neunte 20 Tage Gefängnis. Direktor Wolpert wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens, wobei es sich um die Auszahlung von 200 Mill. M. handelt, wurden verurteilt: der Direktor der Reichsbahnfiliale in Trier, August Viel, zu zwei

Monaten, der Bahnhofskommissar Johann Langenbach und Polizeioffizier Josef Weiß aus Gersheim zu sechs Monaten und der Soldat Jakob Brück aus Gersheim, der den Kastenwagen zum Transport der Güter zur Verfolgung gestellt hat, zu einem Monat Gefängnis.

### Marollauer in Königswinter und Montebaur.

Königswinter, 25. Februar.  
Heute nachmittag gegen 1/2 Uhr wurde Königswinter von den Franzosen besetzt, und zwar durch Marollauer. Von Oberholz her kamen etwa 40 Mann Artillerie und 60 Mann Infanterie. Gleichzeitig landete der Bomber "Rheinstein" und brachte noch etwa 100 Mann. Sie besetzten das Rathaus, das Postamt und die Zugänge zum Bahnhof. Der Bürgermeister erhob Einspruch gegen die Besetzung. Nach 1/2 Uhr zog sich die Räuber wieder nach Oberholz zurück.

Die "Frankfurter Zeitung" meldet aus Montabaur: Die Stadt, die bisher zur amerikanischen Zone gehörte, aber schon seit zwei Jahren ohne freies Blütter war, wurde gestern mittag von 200 Marollauern besetzt.

London, 26. Februar.

"Daily Chronicle" schreibt: Die Erregung im Nahgebiet steigt. Die Franzosen scheinen zu wollen, daß sie frigie. Mit anderen Wörtern man die Tatsache erklären, daß sie schwere Truppen ins Nahgebiet schicken, oder wie andere deutsche Abhängigkeiten, wie sie aus Bochum bestehen würden. Dies ist nicht die Politik einer Behörde, die bestrebt sei, die Stimmung zu beruhigen, sondern die daraus aufgeht, sie heranzutreiben. Die Versorgung schwerer Truppen sei eine wichtige Maßnahme, die jede plausible öffentliche Meinung verunsichern müsse.

### 12,8 Milliarden beschlagnahmt.

Köln, 24. Februar.  
Wie wir erfahren, beschlagnahmten die Franzosen heute vormittag im Schnellzug Berlin-Köln D 38 einen großen Geldtransport der Reichsbank in Höhe von 12,8 Milliarden Papiermark mit dem dazu gehörigen Druckplatten auf dem Bahnhof Hengelo.

### Bahnhof Limburg-Lahn besetzt.

Frankfurt (Main), 25. Februar.  
Der zum Direktionsbezirk Frankfurt a. M. gehörende Bahnhof Limburg-Lahn ist heute früh um 8 Uhr von den Franzosen besetzt worden. Eingriffe in den dortigen Eisenbahnbetrieb sind bisher nicht erfolgt.

### Der Reichskohlenkommissar über die Kohlenversorgung.

Die französischen Besetzungen unbegründet.  
Berlin, 25. Februar.

Der "Tempo" teilte neulich mit, daß die deutsche Industrie, sowohl sie sich außerhalb des besetzten Gebietes befindet, noch für einen einen bis anderthalb Monat Kohlen besäß. Der Reichskohlenkommissar nimmt hierzu folgendemnach Stellung: "Der 'Tempo' brachte eine unrichtige Berichtung, wenn er im allgemeinen terminmäßig eine solche Zeit nennt. Unsere noch in Deutschland vorhandenen Kohlenlager ermöglichen es uns, Deutschland dauernd mit Kohle zu

versorgen, allerdings unter herabgesetztem Aufwand und unter Auskaltung von Einschränkungen, die nur einmal unvermeidlich sind. Dazu kommt, daß wir auch noch auf eine erhebliche Einsparung rechnen können, sobald unsere Industrie auch weiterhin in der Lage sein wird, den Anforderungen gerecht zu werden. Dass sich das deutsche Volk, um sich in diesem Kampfe auch auf dem Gebiete der Kohlenversorgung durchzuhalten, große Opfer anstrengen muß, ist selbstverständlich. Die Regierung ihrerseits, besonders der Reichskommissar kann alles, um durch soziale Verteilung und rationelle Ausnutzung der und zur Verfügung stehenden knappen Rohstoffe einen Stand fernzuhalten. Wie gehen mit Harten Schritten dem Frühjahr entgegen, wo ohnedies der Kohlenverbrauch im allgemeinen geringer wird. Die Hoffnung des 'Tempos', daß wir in anderthalb Monaten ' fertig seien, ist durch nichts begründet."

### Die Stützung der deutschen Währung.

#### Beschlüsse der Reichsregierung.

Berlin, 26. Februar.

In der gestrigen Rundschaltung wurde der Galanz eines Krieges über die Beschaffung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds angenommen. Es soll eine Sparsamkeitsaktion in Höhe von 50 Millionen Dollars zur Ausgabe gelangen, damit das Reich einen jederzeit greifbaren Vorrat an Devisen gewinnt, dessen es zur Stützung der Währung bedarf. Auf diese Weise sollen die in der Handelswirtschaft vorhandenen Devisen, soweit sie nicht für laufende Verpflichtungen gebraucht werden, im allgemeinen Interesse dienstbar gemacht werden. Der Inhaber von Devisen erhält damit die Möglichkeit, die Devisen in ein gleichwertiges Papier umtauschen, das auf den Dienst des Vorrats hat, doch es beliebt ist. Die Einzahlung soll in ausländischen Diensten oder ausländischen Rechten erfolgen, die Einnahmen in amerikanischen Dollars ist nicht zur Verbindung gemacht; es werden, unter entsprechender Anrechnung, auch andere hochwertige Valuta gekauft werden können.

### Blutige Zusammenstöße mit Hitler-Banden.

Hindenburg, 25. Februar.

In den späten Abendstunden des Sonnabend kam es hier zu blutigen Unruhen, die durch Hitler-Banden provoziert wurden. Der von der Polizei verdolte Festung der Hünengeschoss-Hilfskraft wurde trotzdem abgeschossen. Es ist die Schoppenhilf eingezogen, und sie bewaffneten Widerstand. Es kam auf beiden Seiten zu Verletzungen. Gegen 11 Uhr abends konnte der Anzug zerstört werden. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen; jedoch blieben die Rädelsführer frei.

Berlin, 25. Februar.  
Gestern waren sämtliche Oberpräsidenten Preußens in Berlin zu einer Sitzung unter persönlicher Leitung des preußischen Innensenators zusammengekommen. Minister Sebottendorff hat den Oberpräsidenten ernannt die bestimmte Belebung erhielt, im ganzen preußischen Staatsgebiet jeden Versuch einer Bildung von Formationen oder Organisationen illegaler Art mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterdrücken. Diese

Einigung zu wiederholen, war zweit um so dringender notwendig, als die Organe und andere Rechtsverbände, infolge des französischen Einbruchs im Wesen, die Zeit für gemeinsame erprobte, militärische Ausbildungspflichten zu intensivieren, wobei eingeladene Angehörige der Reichswehr allzu willig Helferdienste leisteten.

### Für die Freigabe der Industriewirtschaft.

Der Ausschluß für Landwirtschaft und Erziehung des Reichswirtschaftsrates besteht in seinem letzten Sitzung gegen die Stimmen der Arbeitnehmer, der Reichsregierung die Freigabe der Industriewirtschaft zu empfehlen.

In der zu diesem Zweck angenommenen Entschließung wird gesagt, daß die bisherigen Erfahrungen bei der Bewirtschaftung des Reichs das Bestreben nach Einführung der freien Industriewirtschaft für das kommende Wirtschaftsjahr rechtfertigen. Es wird empfohlen, zur Sicherung des Wundertreibers für die letzte Hälfte des Industriewirtschaftsjahrs eine genügende Reserve bei der Industriewirtschaft zu schaffen, die nach Erfahrungen der Regierung verwandt werden soll. Die Regierung soll jenes die Wiederherstellung von Auswüchsen der sozialistischen Industriewirtschaft verhindern und dafür sorgen, daß die Gewerkschaften nicht wieder plausibel beim Industriebezug beansprucht oder gar ausgeschlossen werden. Für die Industriewirtschaft des laufenden Wirtschaftsjahrs wird die Regierung erachtet, die Industriewirtschaftssatzung soll zu berufen, die Preise für den Industriewirtschaftsjahr auf Grund der Wirtschaftslage festzusetzen und für den Monat März die doppelte Industriemenge freizugeben.

### Fortdauer der Kohlensteuer.

Der Reichstag beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Gesetz zur Verlängerung der Kohlensteuer. Das bestehende Kohlensteuergesetz läuft Ende März ab. Die Reichsregierung glaubt nicht daran verzichten zu können und hat deshalb einen neuen Entwurf ausarbeiten lassen. Die Reichstatthaushalte haben der Verlängerung ohne Besitztung zugestimmt und auch die Höhe der Steuer im allgemeinen mit 40 Prozent erhöht.

Die Höhe der Steuer ist in allen Teilen der Kohlensteuertarife, in denen nur Teilbeiträge der Steuer zur Erhebung kommen, keine Änderungen vorgenommen worden, mit Ausnahme des rheinischen Braunkohlenfeldes, wo in Zukunft soll der bisherige 111,5 Prozent noch 100 Prozent erhöht werden sollen. Nach längerer Erörterung über eine Erhöhung der Steuer zugunsten des Haushrausen haben die Abgeordneten mit Mehrheit folgende Entschließung vorgebracht: "Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erachten, daß bald Maßnahmen in die Wege zu leiten, die dazu dienen, den Bezug des Haushrausen für bedürftige Volksklasse, gemeinnützige Anstalten und öffentliche Schulen zu verbilligen und zu erleichtern." Die Volksversammlung stimmte dem Gesetz und der Entschließung zu.

### Bekämpfung der Preistreiberei.

In einem Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers vom 17. Februar an die Spitzenverbände der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Konsumgenossenschaften war festgestellt worden, daß vielfach der selbstverständlichen Folgerung, die Preise den um mehr als die Hälfte gesunkenen

Märzen der ausländischen Zahlungsmittel anzupassen, nicht Beachtung gelungen werde; die Bevölkerung bemächtige sich deshalb Kurze, welche vielleicht nicht mit Recht, vermutet, daß durch Durchsetzung der Waren das Preisniveau tatsächlich hochgehalten werde.

Unter Bezugnahme auf dieses Rundschreiben macht, wie der Preußische Amtsleiter weiß, der preußische Justizminister in einer Allgemeinen Verordnung vom 21. Februar darauf aufmerksam, daß in allen Fällen, in denen die Preissteigerung der Marktbefreiung nicht Rechnung trägt, der Verdacht der Preisabschöpfung gemäß § 1 Nr. 1 der Preisabschöpfungsverordnung vom 8. Mai 1918 vorliege. Wenn durch Abrede von Verbänden oder Vereinigungen einem Einzelnen der Preis entgegengewirkt wird, können starke Handlungen gemäß § 1 Nr. 6 der Preisabschöpfungsverordnung in Frage. Die Strafverfolgungsbehörden werden angehalten, in allen derartigen Fällen mit möglichster Sicherung und größtem Nachdruck einzugehen."

### Der Herrscher der öffentlichen Meinung Englands.

Lord Northcote, der Erbe Northcliffe.

Als Lord Northcliffe das Geistliche regierte, ging ein Ausnahmen durch die Welt der ausländigen Menschen. Jeder hindurch holten unter seiner Leitung die "Times" das Wesen des heutigen Großmacht zu behaupten von mir zu großer Größe und Pracht und Weisheit. Wir wollen, so jenseits die "Berliner Volkszeitung", die deutsche Presse nicht in Schlag nehmen, auch sie hat während des Krieges schwer wider den Geist der Wachheit und des Ernstes gefriedigt. Wer noch heute vor dem Forum der Welt die Presse unter der verächtlichen Anklage steht, daß sie zu ihrem sehr großen Teil misschuldig ist an dem Niedergang der Sitten, am Aufblühen des Völkertodes und an der permanenten Krise Europas — so werden die "Times" mit dem Schatten Lord Northcliffes auf der vorderen Anklagebank sitzen.

Wer aber wird dem toten Northcliffe Herder Gesellschaft leisten? Das wird sein Nachfolger: Lord Northcote!

Es steht heute ein verhängnisvoller Zwischenfall zwischen den Meinungen der alten Röfe und den Taten der Massenster. In England ist es, wie der "Daily Herald" kürzlich betonte, noch gar nicht so lange her, daß zwischen einem konserватiven Ministerpräsidenten, zwei liberalen Parteien, der Arbeiterpartei, den Trade Unions, den wichtigsten Handelskammern, den Bankiers und Kirchenvorständen so etwas wie ein Einvernehmen herrschte. Und auch in Amerika, in den europäischen Neutralstaaten, ja in den meisten der am Kriege beteiligt gewesenen Ländern, summte man, nach diesem Blatt, doch überein, daß es ein großer Schaden ist die lebende und die zukünftige Menschheit sein möchte, "wenn die Räuber erwacht würden, die sich augenscheinlich der französischen Regierung bemächtigt haben".

Freunde Kräfte beeinflussen also die öffentliche Meinung und hemmen die Vernunft, den rechten Weg einzufolgen. Die britische Regierung, die Opposition, Arbeiter und Handel und die Kirchen haben nicht mit Lord Northcote gerechnet. Aber mit Lord Northcote muß man rechnen! Denn er ist in London und Manchester, und besonders in Paris, durch viele Stimmen vertreten. Er spricht durch die "Daily Mail", durch die "Evening News", durch den "Daily Mirror", den "Weekly Dispatch" und durch das "Sunday Pictorial". Er spricht durch weitere

### Musikalische Aufführung zum Besten der Kuhhilfe in der Frauenkirche.

Man könnte nur sein Platz dazu geben, daß Bulsch sich entschloß, Pfiffners Komposition "Von deutscher Seele" zu wiederholen. Und besonders in Erwähnung eines wichtigen Konzertsohnes großen Stils mit Orgel war auch die Wahl der Frauenkirche zu billig. Sieht sich doch zudem der religiöse Gedanke ganz ausgesprochen durch das Werk. Ja, gerade die Teile, in denen er sich auf Grund des zugewandten liegenden Sprache und Gedichte Eichendorffs nachdrücklicher auspricht, sind ganz zwecklos die inspirationen und damit auch unmittelbaren und eindrücklichsten Partien des Werkes. Wie es, nebenbei bemerkt, auch im "Palestrina" der Fall war. Wohrend man sonst, namentlich in den Eingeschlagenen, jene blühende Sinnlichkeit in der Tonsprache, wie in der Orchesteration nicht selten vermögt, auf der nun einmal ein wesentlicher Teil der suggestiven Kraft jeder Kunst, also auch der Musik beruht. Aber man könnte wieder sagen, in dieser Einheitlichkeit liege ein Widerzeug deutscher Art, wenn nicht gerade in Eichendorffs Dichtungen ein dem Leben zugewandter, leidüberwinnder Geist sich ausdrücke. Wobei man nur an die Verse zu erinnern braucht: "Und du willst, Menschenkind, der Zeit verjagt unterliegen? Was ist dein kleines Erdenleid? Du mußt es überstiegen." — Man muß sich also schon an dem glaubig ergebungsvollen Sinn des Komponisten des "Palestrina" geruhen, sein lassen, also an dessen persönlichem Eichendorffsprechen, um der Weise teilhaft zu werden, die von seiner Weise als ihren Höhepunkten ausgeht. Chöre von der Größe der Konzeption, wie der den zweiten Teil der Komposition eröffnende "Wie manches nun kann nicht hundert Jahr" oder der den ersten Teil beschließende "Wie manches Fundament erheben sich zu höchster Höhe. Die ganze mythische Weise verzehrten Sichtverkehren in die Stimmung

der Nacht aber zwinge und in Bonn in dem "Abend-Mahl" unterschiedenen Orchester-Spiel (I. Teil), das seine kaum weniger einbindende Ergänzung in dem "Ergebung" beitielt: im zweiten Teil findet.

Wichtige und dringende Notiz: Läßt man als einen der Wertschätzungen der deutschen Seele den Wert der Verinnerlichung und zur Schnucht über die Grenzen des Südlichen gehen, so wird man dem Werk die Berechtigung seiner Benennung "Von deutscher Seele" nicht vorbehalten vermögen. — Für die Wiedergabe des Werkes fehlen sich, wie schon im Opernhaus, unsere Staatsskapelle und der Operchor unter Busch auf das erfolgreichste ein. In der Belebung des Soloparties hatte jüngst eine Anerkennung bloß greifen müssen, als für den erkrannten Herz Jesu verdienstlich Ludwig Eysisch eingepreist worden. Im übrigen zeigte durch hingebungsvolle Sängerinnen für die schwierige und recht eigenlich führende Sopranpartie Grete Merrem-Röhlisch heraus. Helene Jung und Willy Bader waren wieder die bewährten Vertreter ihres Partien.

Altväterabende. (Werk Ernest Wessell.) Wie verlautet, ein Deutsch-Amerikaner war er, der gestern Proben seiner Kunst im großen Kaufmannschaft-Saal oblegte. Man erkannte den Pianisten von Geschick und guter Schule. Die Wohl der Hoch-Choronne in der Usoni-Verarbeitung und ihr Langsamkeitsergebnis ließ auf die Schule Busonis schließen. Über die geistige Kraft möchte nicht aus zu der Größe, die aus den Steigerungen hier herausgeholt ist. Auch in dem folgenden Chor des französischen Werk (Katalanum, Choral und Orgel) vermögte man diesen Zug ins Große. Wollte sich dann in eigenen Kompositionen und ihrer Wiedergabe zu erkennen, daß er ein mehr empfindsamer Spieler ist und dem kleinen Genie zueignet. So war er seinen romantisch angehauchten Variationen (nebst Jungs) über ein französisches Volkslied und seiner

moderatissim - impressionistischen Vision ein guter Interpret.

Der Pianist Walter Kerchbauer, der in Dresden schon mehrfach aufgetreten ist, begann am Sonnabend im Saale der Kaufmannschaft mit Beethovens Sonate in A-dur (Werke 101), dem ersten Stück in der edelklassischen Reihe der "Leipziger Fünf". Schon hier zeigte er das Beste nach langjähriger Ausbildung des gebundenen und harmonischen ("Schoe") Inhalts. Schuberts "Impromptu" (Werke 148 Nr. 3) war von romantischem Weise umspannt. Auch die vier "Lagebuch"-Sätze (Werke 85) von Reger gelangen dem Künstler vorzüglich. Jünger wieder entdeckt man Neues in der Neugierigen Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung. Das Geistreich der ersten Variation darf nicht übersehen, die großartige Fuge nicht in konventionelles Maß gelöst werden. Eugen d'Alberts Klaviermusik, deren Werke nicht an der Oberfläche liegen. Der Abend wurde mit den "Händel-Variationen" von Brahms wundervoll abgeschlossen. Richtig war die stetisch ungleich in der Gestaltung

sechzig Wochen- oder Monatsschriften zu England und der Welt!

Zehn bis fünfzig Millionen Menschen sind in ihrer Meinung von ihm abhängig. Er bestimmt, welche Nachrichten und wie sie diese kennenlernen. Er entscheidet darüber, daß nur die eine Seite im großen Meinungskampf zu Worte kommt. Er ist der Diktator, der mehr als Sozietät und Bevölkerung, als Parlament und Kirche die Kontrolle über viele Millionen Seelen ausübt.

Der Leser sieht den Vorwurf des Berliner Sonderkorrespondenten und die gelehrte Abhandlung über die Weisheiten des europäischen Zusammenbruchs und lobt die Weitläufigkeit des Herausgebers, der sowohl unbefangene als unparteiische Aussagen herab bringt. Der Leser weiß nicht, daß die „befaßte Öffentlichkeit“ aus der europäischen „Giangewalt“ und der „Angerzuge“ aus Berlin“ nur deshalb zu Worte kommen, weil ihre Meinungen mit denen Lord Rothermere übereinstimmen!

Möher kommt nun dieser verhängnisvolle Einfluß eines einzigen Menschen auf Millionen? Lord Rothermere ist ein ausgezeichnete Geschäftsmann! Ein Vorleser nennt er sich „Freund des Freundschafts“. Seine Meinung wird durchaus verständlich, doch er dort recht materielle Interessen hat, u. a. eine Mineralwasserfabrik! Die Weltbeherrschung wird zur Herrschaft über die Schirme. Stände nicht sein diktatorisches Werk hinter den zahllosen Redaktionen seiner Blätter, so hätte Europa vielleicht ganz anders ausgesehen. Ein Historiker der Zukunft wird einmal fragen: „Wie kommt es, daß die britische Öffentlichkeit so lange gezögert, bis es zu spät war, sich von einer rücksichtsvollen Politik zu trennen?“ Die Antwort wird sein: „Sie horchte auf die politischen Anschauungen eines Lord Rothermere, der nichts als ein guter Geschäftsmann war, der nichts weniger war als ein Staatsmann, eine Autorität in den schwierigen Zeiten des Regierens und des Ausbaus der Gesellschaft!“

Der „Daily Herald“ ist nicht der einzige, der die Aufmerksamkeit der britischen Öffentlichkeit mit seinen Ausführungen auf die Rothermere-Geschehe lenkt. Auch die „Westminster-Gazette“ belägt das angemessene Rothermeres Monopol der Beeinflussung des Publikums. Alle seine Blätter singen Lied für Tag für Tag vom „guten Recht des Freiengangs an der Ruhe“. Wohin wird das führen? „Daily Herald“ gibt die Antwort: dahin, daß Poincaré eines Tages glauben wird, das Gesetz dieses einen Menschen repräsentiere wirklich die Stimme der britischen Nation.

In Deutschland wundert sich mancher, daß die vielen aus England kommenden Meinungsgebungen von Politiken, Offizieren und Körperschaften recht im Widerspruch stehen zu der Possibilität der Regierung. Gibt man den Ursachen nach, so wird man bei einer so üblen Belehrtheitung wie der eines Hertigabkönig, eines Meinungsbildners Lord Rothermere des längeren beweisen müssen.

### Irischer Tarifkrieg.

London, 24. Februar.

Die „Times“ melden: Obgleich die Regierung des jüdischen Freistaates mit der Unterwerfung der Autonomen alle Hände voll zu tun hat, scheint sie noch einen Tarifkrieg mit Großbritannien und Ulster beginnen zu wollen. Sie hat nämlich angeordnet, daß vom 1. April d. J. ab Einfuhrabgaben für Waren aus den Ländern erhoben werden sollen, die nicht zum irischen Freistaat gehören, einschließlich Großbritannien und Ulster.

## Auf den Spuren der Gegenrevolution.

### Der Faschismus in Deutsch-Oesterreich.

zwischen den bayerischen und den deutsch-österreichischen faschistischen Organisationen besteht Blutsgegenheit. Bayerische Faschistenführer sind die Leiter und Vorderer deutsch-österreichischer „Stoßtruppen“ gewesen, bayerische Faschisten bestreiten die Politik deutsch-österreichischer Konterrevolutionäre, bayerische Faschisten spannen monarchistische Komplotten gegen das „rote“ Wien. Der Führer der „Dikt“, Herr Kanzler, schreibt, wie wir in der „Münchner Post“ lesen, österreichische und bayerische Organisationen zu einem romantisch-abenteuerlichen Feldzug in Nürnberg aufzuteilen. Der Führer des Münchner Schlossgerichts ist in dem Privatprozeß Kanzler gegen Mayer-Koy die Tätsche einwandfrei bestätigt worden, daß Kanzler von der Verbündung der Marinestruppe Ehrhardt zu Stoßtruppen in einem Tage gegen Nürnberg gesprochen habe. Die Schwunzwecke wollte er bei diesem Feldzug mehr in der Stappe halten.

Vor wenigen Wochen hat der Begründer der neuen deutsch-österreichischen Bewegung, Julius Deutsch, „ein beliebter Anhänger deutscher Nationalpartei“. In den Jahren 1921 und 1922 hielten sich die Führer des Kapp-Putsches viele Monate in Salzburg verborgen, von wo aus sie ihre Wollaxt gegen die deutsche Republik eifrig forschten. Selbstverständlich standen die österreichischen Putschisten mit denen, die Deutschland bedrohten, stets in enger Verbindung. Von ihnen führten die Verschwörer weiter zu den ungarnischen Wehrharden Horthy.

In Oberösterreich bildete sich ein sogenannter „Selbstschußverband“. In diesem organisierte sich aber ein vollständiger militärischer Geheimbund. „In ihm gab es“, so berichtet uns Deutsch, „Stabsleiter, Reichsführer, Begleitführer, Nachrichtenreferenten, Verbindungsreferenten, Waffenträger, Kommandoreferenten, Wirtschaftsreferenten, technische Referenten, Wissenschaftsreferenten, Konsulentenreferenten usw. Nach rechter Geschäftsrat bestand der Verband auch einen eigenen Schiffsschlüssel zur Übermittelung geheimer Nachrichten. An den Führern des Verbands standen noch angesichts einiger militärische und diplomatische Abgeordnete; aber den militärischen Teil der Arbeiten bejubigte durchweg ehemalige Offiziere des Habsburger-Adels.“

Diese faschistischen „Selbstschuß“-Organisationen werden vor allem von den Industriellen und Großgrundbesitzern gespeist. Für die Erfahrung dieser Diktatur erbringt Deutsch ein recht beeindruckendes Material. So richtete die Attentätergruppe Leyden-Josephthal, die eigentlich Behörderin der österreichischen Papier-, Cellulose-, Holzfloss- und Papierindustrie folgenden Titular an die ihr angehörenden Betriebe:

„Ihrer Orientierung stellen wir Ihnen ganz vertraulich mit, daß die eingehenden Verträge der gesamten Industrie Österreichs dazu

\*) Die Tarifkonferenz. Von Julius Deutsch. Wien 1923. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

benutzt werden, um die Heimwehren zu organisieren und technische Hilfsvereinigungen zu schaffen, damit im Falle einer Katastrophe unsere Werke entsprechend gefüllt sind.“

Der in der Allianzgruppe Leyden-Josephthal vereinigte Kongress hatte allen 22 Missionen Kronen in jedem Monat für diese reaktionäre Bildung aufzutragen.

Das großartigste Kapital schüttet sich für die Zwecke des „Selbstschußverbundes“ nach der Gründung seines Grundkörpers ein. Das einen Scheiden der niederösterreichischen Großgrundbesitzer Colloredo und Schrenck. Es ersichtlich, daß „das Ausmaß der Drittversorgung“ für den Selbstschußverband „einen Goldheller per 5 Hektar Feld oder Wald im Monat (das sind 30 Kronen im Monat) beträgt“.

Besoßend rückig bestätigt sich der deutsch-österreichische Faschismus in den „Frontkämpfervereinigungen“. Diese vereinigten von Zeit zu Zeit Marschübungen und Manöverübungen im freien Gelände. Die „Frontkämpfervereinigungen“ setzen sich durchweg aus chemischen Offizieren, Studenten und ganz jungen Leuten zusammen. Diese Vereinigungen bewaffnen sich planmäßig gegen die Republik. So verständigt Deutsch diesen Schreiber eines „Kommandanten“ der Frontkämpfer:

„Hochgeschätzter Herr Kommandant!

Gleichschlossen folgt die Mitgliedskette des F. K. S. Im Falle Herr Kamerad noch sein Abzeichen besitzen, so bitte ich um gest. die bezügliche Verschärfung. Diese vereinigten von Zeit zu Zeit Marschübungen und Manöverübungen im freien Gelände. Die „Frontkämpfervereinigungen“ setzen sich durchweg aus chemischen Offizieren, Studenten und ganz jungen Leuten zusammen. Diese Vereinigungen bewaffnen sich planmäßig gegen die Republik. So verständigt Deutsch diesen Schreiber eines „Kommandanten“ der Frontkämpfer:

„Hochgeschätzter Herr Kommandant!

Gleichschlossen folgt die Mitgliedskette des F. K. S. Im Falle Herr Kamerad noch sein Abzeichen besitzen, so bitte ich um gest. die bezügliche Verschärfung.

Da Ende dieser Woche die Staatsausstellung läuft, erucht Endesfürstlich: um Beantwortung nachstehender Fragen:

1. a) Stellen sich Herr Kamerad auch für Dienst außerhalb Wiens im Rothalle zur Verfügung (die Regel. Vergleichungskommission steht die Z. A. B.)? b) Rat zur Dienstleistung in Wien? c) Rat zu Propagandazwischen?

2. Welchen Sie Waffen. Und zwar Gewehre? (Welches Modell?) Handfeuerwaffen? Seitenwaffen? Säbel? Munition? (Zahl?)

Um ehest Erledigung läßt mit Sammelabschluß der Gesetz ergebnister

Herr Heinrich, Mittwoch a. V., Spezialkommandant.

I. Niemergasse 8, II. 10.

Angesichts der drohenden sozialistischen Gefahr in Österreich würdet Deutsch zum Schlusse die Wachtmittel der organisierten Arbeiterschaft gegen die bewaffneten Heerläufen der reaktionären Geschäftsführer. Die Arbeiter bilden die geschlossenen Gruppen der Gewerke. Diese „Gewerke“ sind „unbewaffnet“, werden aber zur Rot mit Knüppeln „bewaffnet“. Die Ordnungsgesellschaft hat ihnen die Streitkräfte, um der Anteil am Gewerke zu schützen, wohin auch immer die Spuren röhren sollten, in Nachdruck stellt. Die Regierung hat eine Belohnung von 100 000 Kronen auf die Ergreifung der Täter ausgeschaut. Wie jetzt hatte man aber von den Abwendern der Gewerke nicht die geringste Spur zu finden vermoht.

In der nach der Beratung in der Nationalversammlung eingetragenen Pause kam es in den Wandelegionen zu zwecklosen Slangenläufen. Der Abg. Vogya überriet nachdringlich den Abg. Brodzky, dem er von rätselhaften Schlägen auf den Kopf verachtete. Der angegriffene Abgeordnete griff nach seinem Revolver, wurde aber von dem Mitarbeiter eines antisemitischen Blattes, einem bekannten „Frontkämpfer“ Ungars, am Arm gesetzt. Brodzky zog sich los, stützte sich auf den Abg. Vogya, den er wiederholte schreitete. Hinzu kamen die Abgeordnete trennten die kämpfenden. Doch bevor dies gelang, holte der Abg. Ernst Nagy den Abg. Vogya nochmals gezielt. Nur mit schwerer Mühe konnte die Geduld wieder hergestellt werden.

Budapest, 25. Februar.

Zu der vorangegangenen Nacht wurde, nach einer längeren Pause, wieder einmal von einer hier tätigen Massie ein Appell zum Gewaltdurchsetzen. Diese vereinigten von Zeit zu Zeit Marschübungen und Manöverübungen im freien Gelände. Die „Frontkämpfervereinigungen“ setzen sich durchweg aus chemischen Offizieren, Studenten und ganz jungen Leuten zusammen. Diese Vereinigungen bewaffnen sich planmäßig gegen die Republik. So verständigt Deutsch diesen Schreiber eines „Kommandanten“ der Frontkämpfer:

„Hochgeschätzter Herr Kommandant!

Gleichschlossen folgt die Mitgliedskette des F. K. S. Im Falle Herr Kamerad noch sein Abzeichen besitzen, so bitte ich um gest. die bezügliche Verschärfung.

Da Ende dieser Woche die Staatsausstellung läuft, erucht Endesfürstlich: um Beantwortung nachstehender Fragen:

1. a) Stellen sich Herr Kamerad auch für Dienst außerhalb Wiens im Rothalle zur Verfügung (die Regel. Vergleichungskommission steht die Z. A. B.)? b) Rat zur Dienstleistung in Wien? c) Rat zu Propagandazwischen?

2. Welchen Sie Waffen. Und zwar Gewehre? (Welches Modell?) Handfeuerwaffen? Seitenwaffen? Säbel? Munition? (Zahl?)

Um ehest Erledigung läßt mit Sammelabschluß der Gesetz ergebnister

Herr Heinrich, Mittwoch a. V., Spezialkommandant.

I. Niemergasse 8, II. 10.

Angesichts der drohenden sozialistischen Gefahr in Österreich würdet Deutsch zum Schlusse die Wachtmittel der organisierten Arbeiterschaft gegen die bewaffneten Heerläufen der reaktionären Geschäftsführer. Die Arbeiter bilden die geschlossenen Gruppen der Gewerke. Diese „Gewerke“ sind „unbewaffnet“, werden aber zur Rot mit Knüppeln „bewaffnet“. Die Ordnungsgesellschaft hat ihnen die Streitkräfte, um der Anteil am Gewerke zu schützen, wohin auch immer die Spuren röhren sollten, in Nachdruck stellt. Die Regierung hat eine Belohnung von 100 000 Kronen auf die Ergreifung der Täter ausgeschaut. Wie jetzt hatte man aber von den Abwendern der Gewerke nicht die geringste Spur zu finden vermoht.

Zu der nach der Beratung in der Nationalversammlung eingetragenen Pause kam es in den Wandelegionen zu zwecklosen Slangenläufen. Der Abg. Vogya überriet nachdringlich den Abg. Brodzky, dem er von rätselhaften Schlägen auf den Kopf verachtete. Der angegriffene Abgeordnete griff nach seinem Revolver, wurde aber von dem Mitarbeiter eines antisemitischen Blattes, einem bekannten „Frontkämpfer“ Ungars, am Arm gesetzt. Brodzky zog sich los, stützte sich auf den Abg. Vogya, den er wiederholte schreitete. Hinzu kamen die Abgeordnete trennen die kämpfenden. Doch bevor dies gelang, holte der Abg. Ernst Nagy den Abg. Vogya nochmals gezielt. Nur mit schwerer Mühe konnte die Geduld wieder hergestellt werden.

Budapest, 25. Februar.

Zu der eiligen Nachrichthen der Polizei ist es bisher nicht gelungen, auch nur die geringste Spur der Anteile des Kommandats zu entdecken. Der Zeitungsdienstler hat heute eine Summe von einer Million Kronen für die Entstalinung der Täter ausgeschaut.

Deutsch will einmal die sozialistisch so hochstehende Idee der sozialen Abteilung gegen die Gewerke ergebnister

13. Juli 1904 erhielt er den Titel Professor, im Jahre 1915 den Titel Obermedizinalrat.

Literarische Chronik. Erwin Rosen, der beliebte Verfasser der Geschichten des „deutschen Landbuches in Amerika“, ist in Hamburg gestorben. Er wurde in Karlsruhe geboren und ist nicht älter als 46 Jahre geworden. Seine Erzählungen zeichnen durch lebendige Sprache und diente, ungefährlichkeiten aus.

Bildende Kunst. Im Offenbach a. R. ist der erste Direktor der Kunsgewerbeschule, Prof. Hermann Schulz, ein bekannter Bildhauer und Förderer des Kunsgewerbes und des Kunsthandwerks, im Alter von 81 Jahren gestorben. Er war auch der Gründer der Offenbacher Maschinenbauanstalt.

Konzertnachrichten. Maria v. Kainerd wird der Sonatenabend von Mainzer-Urbach am Montag, den 26. März, verlegt. (Große Karriere behalten Gültigkeit.)

Im Alter von 56 Jahren ist in Bayreuth Musikdirektor Prof. Otto Heil gestorben. Der Verlobte war zwei Jahrzehnte hindurch Komponist sowie Musiksäuber am Landständischen Seminar in Bayreuth. Auch als Dichter ist er mit Erfolg hervorgetreten, besonders zahlerisch und seine Märchen.

Theateraufführung. Sächsische Staatsoper. Dienstag, 27. d. M. 1923 von August Strindberg Anfang 12 Uhr.

Bücher. Sonntag, den 1. März zum Geburtstag des Schriftsteller veranstalteten ihrer Schülerinnen im Saal des Joachimsthaler, Große Blauenstraße, Budapester, nach 15 Uhr eine Geburtstag. Kaplan Johannes Gottlieb wird die Gedächtnissprüche. Das Programm wird außer musikalischen und literarischen Darbietungen eine Auswahl gedruckter und ungedruckter Dichtungen der verstorbenen Künstler bringen, die Maria Fischer-Bach verzierten wird.

Am. In Berlin hat der bekannte Charakterdarsteller des Deutschen Theaters Werner Krauss eine eigene Filmgesellschaft ins Leben gerufen, die unter dem Namen „Cervantes“ „Don Quixote“ herausbringen wird. Werner Krauss wird darin die Rolle des Sancho Panza spielen.

Bücherbesprechungen.

\* Der Verlag von C. Heinrich in Dresden. Nr. 6 hat soeben im 41. Jahrgang den „Schiffahrts-Kalender für das Elbe-Gebiet“, die Mährischen Wasserstraßen und die Oder zum Preis von 2000 Kr. gebunden und Schilderungsblatt erschien. Der Bearbeitung hat sich wie seit längerem Jähres Dr. E. Gräbklein, jnt. Beamter der Elbe-Schiffahrts-Gesellschaft unterzogen.

Der neue Jahrgang ist wiederum durch zeitige und zahlreiche Beiträge und Neuerungen ausgestattet. Erstmals erscheint die Organisation der neuen Elbe-Schiffahrt, sowie die Vereinbarungen der Schiffahrtsgesellschaften über die Wassermassen der von Hamburg abgehenden und steigenden Fahrzeuge. Herausgegeben seien die Tabellen der Schiffahrt über die Elbe und über den Sächsischen und Thüringischen Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder um.

## Der polnisch-litauische Konflikt.

Unser Warschauer Korrespondent schreibt und:

Die seit Jahren zwischen Litauen und Polen bestehende Spannung hat sich in den letzten Tagen auf zwei Gründen erheblich verschärft. Einmal ist es bei dem Einrücken der polnischen Garde und Grenzwache in dem Polen vom Volksbund angestrichenen Teil des bisherigen neutralen Streifens zwischen Polen und Litauen zu Plankosten gekommen, die deswegen weiterziehende Polen haben können, weil Litauen einen kleinen Bruch dieser von Polen besetzten Zone als litauisches Gebiet in Anspruch nimmt, während es der grundsätzlich von ihm abgelaufenen Teilung der neutralen Zone nur östlichen Widerstand entgegenzusetzen scheint. Zweitens aber hat die Entscheidung des Reichskriegsgerichts über Memel in Warschau sehr verstimmt gewirkt. Die polnische Regierung hat offiziell erklärt, daß diese Entscheidung sie nur unnehmbar sei, wenn die polnischen Ansprüche auf den Memeler Hafen, die Sicherheit auf der Memel u. dergl. sichergestellt würden und außerdem Litauen seine Politik gegenüber Polen grundsätzlich änderte. Für beide polnischen Parteien ist gegenwärtig die Erfüllung noch recht zweifelhaft.

In Warschau ist die Regierung bisher bemüht, das Dreistige zu wahren, einen Konflikt mit Litauen aber zu vermeiden. Dieser ist es ihr auch gelungen, die öffentliche Meinung in Polen relativ ruhig zu erhalten. Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, ist aber aus Zeit noch nicht vorzusagen, und der litauisch-polnische Konflikt droht bis auf weiteres die Stelle an dem frakten Körper Europas, von der am ehesten ein Brand von unberechenbaren Folgen ausgehen kann.

\*  
Warschau, 25. Februar.

Der von den Litauern auf einer Inspektionsreise in neutralen Streifen gefangengenommene belgische General Carton de Wiart ist nach Warschau zurückgekehrt und äußert sich sehr ungedhalten über die Behandlung während seiner kurzen Gefangenschaft, zumal da er sein gänges Gesetz dabei eingebüßt hat. Die gleichzeitig mit ihm gefangenen beiden polnischen Adjutanten wurden bisher von den Litauern nicht freigelassen.

Nachdem der polnische Konsul Szarota gewungen worden war, Memel zu verlassen, entfernten die Litauer alle polnischen Embleme von den Gebäuden der Delegation. Um neutralen Streifen hält litauisches Militär den Gebietsstreifen nordwestlich von der Bahn besetzt; dagegen ist die Bahn selbst nur völlig im Besitz Polens, das den Betrieb bereits am 15. März wieder aufzunehmen gedenkt. Obwohl die Haltung Litauens hier große Entlastung herzuholen vermeidet die Regierung kriegerische Handlungen und hält noch wie vor an der Friedenspolitik fest. Dagegen wird die polnische Regierung die Note Tschižkierins als eine unerwünschte Einmischung ablehnen und weiter den Volksbund veranlassen, sich mit dem Konflikt zwischen Polen und Litauen zu beschäftigen. Eine Erklärung erfordert diese Stellungnahme dadurch, daß der englische, der französische und der italienische Gesandte in der litauischen Sache bei dem Außenminister Skrzynski vorstehen. Die heftigen Ausfälle der chauvinistischen Presse sind nicht dazu ernst zu nehmen, denn hiermit ist mehr die Achtung verbunden, der Linkregierung innere Schwierigkeiten zu verursachen. In Wirklichkeit rücksichtigt auch die Rechte, aus Furcht vor unabsehbaren möglichen Verwicklungen, einen Krieg zu vermeiden.

## Spaltung in der Nationalversammlung von Angora.

Paris, 26. Februar.

Der Sonderberichterstatter des "Petit Parisien" in Konstantinopel schreibt: In der Nationalversammlung von Angora habe sich unter dem Namen einer unabhängigen Gruppe eine neue politische Fraktion gebildet. Sie umfaßt die Elemente, die gegen den Vertrag von Lausanne seien. Die Debatte werde jedoch sehr lang dauern. Jüdische, Russische, Muslime-Kemal und die Minister würden sich zu kämpfen haben, wenn sie ihren Plan zur Annahme bringen wollten. General Peltier habe gegen die Angriffe der Männer auf Frankreich Einspruch erhoben, die Frankreich bestimmt, die Kräfte des Schelten der Zanjaner Verhandlungen zu sein.

## Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die soeben erschienene 4. Nummer des Finanzministerialblattes für den Freistaat Sachsen (verausgegeben vom Finanzministerium) enthält folgende Veröffentlichungen: Belehrung von Strafregisterauslagen, Entnahmen von Beamten aus staatlichen Behörden, Verwaltungsbürokratie, Steuerbefreiung für Ruhöpfer, Beamtenbefreiung, Umzugskosten, Unterkunftsunterstützung, Dienstleistungsaufschluss, Entlohnung der Angestelltenlehrkasse, Wohnungsaufschluss seitens vereinigter Beamter, Ruhöpfer mit Preisen, Abgabe von Ordensschilden, Angestelltenversicherung, Postgebühren usw., Einkommensteuer vom Arbeitnehmer, Sächsische Staatsbank, Personalaufzeichnungen.

## Dresden.

\* Für das Nahgebiets. Der Waaren-Vinlaufs-Verein zu Görlitz hat insgesamt 1 Mill. M. zur Verfügung gestellt, wovon 400 000 M. in Görlitz, 300 000 M. von der Zweigniederlassung in Dresden, 200 000 M. in Frankfurt a. O. und 100 000 M. in Cottbus den betreffenden Sammelstellen zugeschaut werden.

\* Hundesperrre. Nachdem an einem Hund in Pillnitz und ferner an einem frei unterlaufenen Hund in Pirna die Tollwut festgestellt worden ist, wird von der Amtshauptmannschaft Dresden-Meissner auf Grund von § 114 des Bundesstaatsvorschriften vom 7. Dezember 1911 für die Gemeinden Pillnitz, Nossen, Cunnersdorf, Günthersdorf, Krieschendorf, Welschendorf, Niederpolitz, Oberpolitz, Pappritz, Roslau mit Eichbischöf und Hohenberg, Steigendorf, Görlitz, Schallitz, Schönfeld, Weißig, Weißig und Rothenbach, sowie die Gemeinde Pillnitz und Schönfeld die Festlegung der Hunde bis mit 17. Mai d. J. angeordnet. Vorläufige Zuwidderhandlungen gegen die Vorstufen der Hundesperrre werden mit Gefangen bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe von 15 M. bis zu 3000 M. geahndet, während sofortige Zuwidderhandlungen mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft werden.

\* Historisches-Theater. Montag, Dienstag, den 27. Februar, tritt Komiker Gustav Hertrampf mit Befreiung in der neuen Vorstellung "Kasperl fliegt" zum letztenmal auf. Mittwoch bleibt das Theater wegen Vorbereitungen zu dem neuen März-Programm geschlossen. Donnerstag, am 1. März, beginnt der neue Spielplan, indem der beliebte Komiker Paul Becker in einer ganz neuen Posse "Der gesche Kudi" zum erstenmal spielen wird. Der Kartentwert hat bereits lebhaft begonnen.

## Aus Sachsen.

### Schule und Frühjahrss-Büchtag.

Das Kultusministerium löst durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgendes mitteilen:

Um etwaigen Zweifeln zu begegnen und gegenüber einer in der Presse erschienenen Notiz wird darauf hingewiesen, daß die Erordnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts über den Schulbetrieb an staatlich nicht anerkannten Feiertagen vom 12. August 1922 auf den bevorstehenden Frühjahrss-Büchtag voll anzuwenden ist, daß also eine Unterrichtsfreizeit zum Zwecke der Teilnahme am Gottesdienst nicht in Betracht kommt. Es muß vielmehr der Kirche überlassen bleiben, die Büchtagsgottesdienste so zu legen, daß Lehrern und Schülern deren Besuch außerhalb der Unterrichtsstunden möglich ist.

Im übrigen hat bei der Besprechung, die zwischen den Kultusministern einiger Länder und dem Reichsminister des Innern im Dezember vorherigen Jahres stattgefunden hat, völker Überlebensklausur darüber geherrscht, daß für die Religionsgesellschaften, deren höchste Feiertage zugleich staatlich anerkannte Feiertage sind, die neuen Frust- und Papierpreise bis dahin aber noch nicht soweit feststanden, um sie bei der Vorabrechnung mit in Betracht ziehen zu können.

### Staatsanleihe von 1855 und 1919.

(N.) In der Beilage zu Nr. 47 der Sächsischen Staatszeitung vom 24. Februar 1923 wird die Biegungslücke Ostern 1923 der 1855er und 1919er Staatsanleihe veröffentlicht. Für die Gläubiger 1855er Anleihe ist besonders wichtig, daß der gleiche, noch nicht zahlbar gewordene Rest der

für die heisige Girolisse wird mögl. bald ein Kassierer gesucht. Befoldung Gruppe VII, Ortsk. C. Nur mit dem Girolisse durchaus vertraute Personen, die mögl. schon eine Girolisse geleitet haben u. über banktechn. Kenntnisse verfügen, wollen Besuche mit Lebensu. Bezugswürdig. Bis 6. März bei uns eintreffen.

— Außerdem 1 Beamtenanwärter gesucht. Diätorische Befoldung nach Gr. V. Besuche pp. ebenfalls bis 6. März erbeten. 10639 Obernhau (Sa.), 24. 2. 1923. Der Stadtrat.

Bei dem unter Stadtrat sind demnächst mehrere Beamten- (Obersekretär-) Stellen zu besetzen. Nur lohnende Bewerber, die die militärische Verwaltung (Besoldungs-) Prüfung mit Erfolg abgelegt haben, wollen Besuche mit Lebensu. Bezugswürdig. u. Prüfungsnachweis umgehend einreichen. Bevor werden Beamte, die mit dem Rechnungs- u. Kostenweisen (einschl. Girolisse) bezw. mit dem Steuerweisen vertraut sind. Befoldung nach Gr. VII, mit Aufschlüsselungsmögl. nach VIII. Ortsk. B. Görlitz, 20. Februar 1923. Der Stadtrat.

Zum sofortigen Verwaltungsassistenten wird ein Antritt gesucht.

Gruppe VII für Gio. - u. Steuerkasse nach Gr. V gesucht. Aufzeichnungsmögl. vorher. Bewertungsfrist bis 5. März. 10616 Altkönig-Waldenburg, 23. Februar 1923.

Der Gemeindevorstand.

1 Assistent zum sofort. Antritt gesucht.

Erfordernis: Kenntnisse im gesamten Kosten- u. Rechnungswesen (Gemeinschafts- u. Girolisse) sowie in der Steuergesetzgebung.

Befoldung nach Gr. V, Ortsk. C. Bewerbungen bis 6. März an

10640 Gemeindevorstand Erlbach (Bogt.).

Wasserstände der Elbe und Moldau.

Übersicht der Wasserstände der Elbe und Moldau am 26. Februar 1923.

26. Februar.—10 + 36 + 75 + 65 + 98 = 49

26. Februar.—10 + 40 + 74 = 66 66 steht = 52

## Warum die Zeitungen teurer werden müssen

Das kann sich jeder leicht erklären, wenn er bedenkt, daß ein Wagen Zeitungspapier jetzt sicher 2000 M. bereits seit Ende Januar 1923 ungefähr 6 Millionen Mark kostete. Am 1. Februar legten die Zeitungen zuletzt ihre Bezugspreise demgemäß fest. Am 2. Februar wurde der Preis für Zeitungspapier verdoppelt. Seitdem wurde infolge der Kohlenpreis- und Fachwerkerhöhung der Papierpreis wieder um 2 Millionen Mark erhöht, so daß

innerhalb 4 Wochen

der enorme Papierpreis vor etwa 6 Millionen Mark für den Wagen um mehr als das Doppelte,

auf rund 14 Millionen Mark gestiegen

ist. Das bedeutet gegen den Februarpreis eine Steigerung von etwa 700 000 Proz. für das Zeitungspapier.

Hermann Schulz,

Kommanditgesellschaft

Bankhaus

Dresden - A.

Schreibergasse 12

Die völlige Auslösung d. s. Restes der 1855er Anteile von nur noch rund 3,6 Mill. M. ist auf Grund von § 3 des Gesetzes vom 31. März 1855 erfolgt. Es wird damit vermieden, daß für diesen geringfügigen Betrag nochmals neue Bindungen ausgegeben werden, deren Herstellung und Verwendung ganz unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würden.

Reichenbach l. S. Die Mitglieder der Städtekoppe haben zum Teil Unterstützen in der Industrie gefunden. Für 12 früher (20) Mitglieder wurden von den Stadtverordneten 200 000 M. Unterstützung angefordert. Es sind Verhandlungen wegen Gründung eines Städtekoppe eingeleitet.

Rohrbach. Vom Gemeinderat wurde in der letzten Sitzung mitgeteilt, daß der Bezirkshaushalt zu einer 2 Millionen-Ruleine für den Turbinenbau am Wasserwerk seine Zugestimmung gegeben hat. Werner wurde einstimmig beschlossen, die Leihzarge einzuführen.

Wittewitz. Reichsanwalt Dr. Greif ist zum Rat für Mittelweide auf so lange Zeit, als er hier keinen Amtsrat haben wird, vom Justizministerium ernannt worden.

Wurzen. Die Stadtverordneten haben den Gehältern und Löhnen der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter zugestimmt. Der Wehranwand beträgt jährlich über 200 Mill. M.

Rabenau. Der Schuhverband der Stahl- und Möbelindustriellen von Rabenau und Umgebung hat die Summe von 4043 000 M. unter seinen Mitgliedern für die Ruhthilfe gesammelt.

Johnsdorf. Der Gemeinderat hat ein Projekt der Kriegerliegung Neuhof, im Laufe des Jahres 54 Einzelhäuser mit einem Kostenaufwand von 1094 000 M. zu errichten, zu gewähren. Es wird jedoch bezweckt, ob es der Siedelung gelingen wird, die erheblichen Kosten für das Bauvorhaben zu erlangen.

## Lohnbewegung.

Dresden, 26. Februar. Wie uns der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt, haben die Verhandlungen über die Gehaltserhöhung in der Südwärmerei zu einer Einigung geführt. Die Gehaltshöhe sind zum Preise von 75 M. beim Gewerkschaftsbund der Angestellten, in der Kreuzkirche 3, II, zu haben.

### Devisenkurse.

26. Februar.

New York (1 Dollar): 22693,12.

Landeswetterwarte. (26. Februar)

Dresden: Höhe 110 m. Min. 0,8. Mar. 6,4. Niederschlag: 1,6. Temperatur: 1,4. Schnee: —. Wind: Still. Wetter: Regen.

Wahnsdorf: Höhe 246 m. Min. 0,8. Mar. 4,8. Niederschlag: 2,0. Temperatur: 0,6. Schnee: —. Wind: SS 03. Wetter: Regen.

Weißer Hirsch: Höhe 280 m. Min. 0,0. Mar. 5,2. Niederschlag: 2,1. Temperatur: 1,5. Schnee: —. Wind: SS 01. Wetter: Regen.

Göltzschberg: Höhe 1213 m. Min. —. Mar. —. Niederschlag: 1,6. Temperatur: —. Schnee: 169 cm. Wind: W. Wetter: Schneefall.

### Familiennotizen.

Berlitz: Dr. Martin Dinger mit Gel. Charlotte Seewein in Dresden; Dr. Albrecht Baudouin in Bischleben (A.-L.) mit Gel. Helene Zimmermann in Dreieck; Dr. Regierungsbaurat Dipl.-Ing. Johannes Endler in Zwickau l. S. mit Gel. Waltraude Thiele in Dresden; Dr. eand. theol. Hans Roether in Dresden mit Gel. Anna Maria Gerde in Leipzig-Lindenau; Dr. Kaufmann Erich Müller mit Gel. Trudi Egler in Dresden; Dr. Hermann Böhme, Leutnant im 11. (preuß.) Infanterieregiment, vom 1. Februar 1923 zum Sohn der 3. Div. mit Gel. Otto H. in Berlin-Wilmersdorf; Dr. Oberschreiber Oswald Schubert mit Gel. Helga Büchel in Leipzig; Dr. Karl Hummelstein in Halle a. S. mit Gel. Erngard Bachmann dazelfst.

Bernhardt: Dr. Major a. D. Friedrich Müff in Dresden mit Gel. Margarete Stenz in Stuttgart; Dr. Hauptmann a. D. Karl Georg Pöder in Dresden mit Gel. Margarete Kuhnen in Dresden.

Gehorben: Dr. Rechnungsrat August Herms, Postmeister i. R. (75 J.) in Dresden; Dr. Albert Kochholz, Oberlehrer an der 11. Volksschule in Dresden; Frau Hermann, Oberlehrerin in Dresden; Frau Oberbaurat Hartmann geb. Schmidt (69 J.) in Dresden; Frau Oberbaurat Hartmann geb. Lemmings in Dresden; Dr. Heinrich Robert Siemer, priv. Goldschmiedemeister (88 J.) in Dresden; Dr. Pravatus Ernst Bötz (80 J.) in Dresden; Dr. Johannes Knapp, Goldschmied, der Sachs. Landtag zu Dresden; Frau Emilie Friederike ver. Lorenz geb. Möhl (79 J.) in Dresden; Dr. Stadtsekretär i. R. Gustav Maut in Leipzig; Dr. Robert Steyer, Buchhändler in Leipzig (73 J.).

Der Nachdruck aus dem Inhalte der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalausgabe ist Quellenangabe: Bedingung.

Für den Anzeigentitel verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

## Amtlicher Teil.

**Aenderung\*) der Verordnung über die Ausbildung staatl. anerkannter Gütingungslegerinnen vom 20. Sept. 1918 (Sächs. Staatszeitung vom 25. Sept. 1918, Nr. 224).**

Die nach § 7 der Verordnung vor der Prüfung zu erlegende Gebühr wird von Gebenar dieses Jahres ab auf 200 M. erhöht. 10645 Dresden, 23. Febr. 1923. Ministerium des Innern.

\* Erhöhte Anhebung vom 9. September 1922 (Sächs. Staatszeitung Nr. 113/22).

### Mindestsätze für Heugeldgelder im März 1923

1. bei staatlichen und Privatgenossenschaften 100 000 M.  
2. bei staatlichen Genossenschaften für Studenten, die in das Buchregister des Landeskantons eingetragen sind, 20 000 M. [10612] 347 V L 1

Dresden, 24. Febr. 1923. Wirtschaftsministerium.

Gemäß § 5 des Schlachtviehversicherungsgesetzes in der Fassung d. Abänderungsgesetzes vom 29. Januar 1921 (§ 8, S. 18) und der Abverordnung des Gesamtkommissariats über die Abänderung des Schlachtviehversicherungsgesetzes vom 28. Oktober 1922 (§ 8, S. 572) hat das Wirtschaftsministerium auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses der Rundschau bestimmt, dass vom 1. März 1923 ab bis auf weiteres für die zu schlachsenden Tiere an Versicherungsbeträgen

1500 M.	für ein männliches Rind,
6000 -	- weibliches
1000 -	- gewerblich geschlachtetes Schwein und
6000 -	- nicht gewerblich geschlachtetes Schwein

von den schlachsenden Viehherrn zu erheben sind.

Entsprechend § 4 Absatz 1 der Ausführungsverordnung zum Schlachtviehversicherungsgesetz vom 2. November 1906 (§ 8, S. 364) sind auch bei Schlachtungen von Schweinen im Sinne des Gesetzes alle diejenigen Schlachtungen als gewerbliche anzusehen, bei denen das Fleisch gewerbsmäßig verwertet wird. Es fallen demnach hierunter solche Schlachtungen, welche von Fleischern, Fleischhändlern, Gast-, Schank- und Speiselokalen vorgenommen werden. Alle übrigen Schlachtungen sind nichtgewerbliche Schlachtungen. 10646 Dresden, am 26. Februar 1923.

### Amt für staatliche Schlachtviehversicherung.

Auf Antrag Beteiligter und auf Grund d. bescholt vorgenommenen Abstimmung wird gemäß § 100, 100b d. der Verordnung angeordnet, dass vom 1. April 1923 ab sämtliche Gewerbetreibende, die im Amtsgerichtsbezirk Mittweida das Gewerbe als Damen Schneiderin selbstständig ausüben, der neu zu errichtenden "Damen Schneiderinnen-Sammelzinnung für Mittweida und Umgegend" angeschlossen haben. IV Jn 8a 10607 Kreischaupräsident Leipzig, den 24. Februar 1923.

Auf Blatt 1266 des Handelsregisters, die Firma Albert Küng in Döhlen bei Dresden bet., ist heute eingetragen worden, dass die Firma erloschen ist. 10608 Amtsgericht Annaberg, 23. Februar 1923.

Auf Blatt 461 des Handelsregisters, die Firma Guss- und Ziegelglashütten Aktiengesellschaft vom. Paul Müller & Co. mit dem Sitz in Niederpuzlau, Amtsh. Dauken, bet., ist heute eingetragen worden. Der Brottochter Alois Götschler in Böthlowe wurde darf als Prokurist die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied vertreten. Der Geschäftsführer Friedrich Heinrich Paul Müller in Niederpuzlau ist als Mitglied des Vorstandes ausgeschieden. 10609 Amtsgericht Böthlowe, 22. Februar 1923.

Auf Blatt 187 des hierigen Handelsregisters, die Firma Leisniger Bank, Aktienges. filiale Golditz in Golditz bet., ist heute eingetragen worden, dass das Grundkapital durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Januar 1923 von 1 000 000 M. auf 2 000 000 M. also um 1 000 000 M. verhöllt in 1000 Stück Aktien übernommen, erhoben worden ist; der Ausgabeurkunde beträgt 4000 M. für das Stück. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 27. März 1920 ist durch den gleichen Leisniger laut Notariatprotokoll vom 23. Januar 1923 in den §§ 3 und 4 entsprechend abgeändert worden. 10610 Golditz, 22. Februar 1923. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1054 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Schuh- und Pantoffelarbeiten Gretha Winter in Erimmischau bet., ist heute eingetragen worden: Die bisherige Inhaberin Johanna Frieda verehel. Winter geb. Röber ist ausgeschieden. Der Geschäftsführer Paul Richard Winter in Erimmischau ist Inhaber. Die Firma lautet künftig: Paul Winter. Prokura ist erteilt dem Handlungsgeschäft Paul Richard Winter in Erimmischau. 10611 Amtsgericht Erimmischau, 24. Februar 1923.

Wegen Aufhebung der unter den Eigentümern bestehenden Gemeinschaft sollen die folgenden im Grundbuche für Kleingewerbe eingetragenen Siedlungen-Grafschaften, die jetzt landwirtschaftlichen bzw. Kleingewerbslichen Zwecken dienen und in Dresden-Kleingewerbe liegen, am 25. April 1923, vor dem 9. Urteil an der Gerichtsstelle, Döhringer Str. 1, Zimmer 11<sup>o</sup>, zwangswise versteigert werden:

Grund.-Flur. - Größe Loge Schätzungs-  
Bl. Nr. Nr. Wert M.  
a 65 138 8,2 Johannstr. 14000  
b 461 138 a 11,6 - 19000  
c 452 138 b 9,2 Johann, Ecke 15500  
Amalienstr.

d 463 138 c 7,3 Amalienstr. 12000  
e 464 138 d 10,9 - 19000  
f 465 141 6,0 - 10500  
g 467 141 b 6,0 - 10500  
Gingeitragene Grundstückseigentümer sind: Martha verm. Hößner geb. Gehe, Emma Selma Emilie Olga verehel. Kühn geb. Hößner und Valentine verehel. Dr. med. Hille geb. Hößner als Erden zu

ungeteilter Hand hinsichtlich d. früher Ernst Eduard Hößner gebürgten zweiten Grundstücksstücke, sowie Irene Hößner jetzt verehel. Kettberg, Charlotte Anna Hößner und Hermann Alwin Kutschke zu gleichen Teilen hinsichtlich der früher Ernst Franz Hermann Hößner gebürgten zweiten Grundstücksstücke. Die Einheit der Mittelungen des Grundbuchamts sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schädigung, ist jedem gesetztes (Zimmer 120). Rechte auf Belebung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung der am 21. Dezember 1922 verlaubten Versteigerungserklärung aus dem Grundstück nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Ausforderung zur Abgabe von Geboten anzusehen und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, währenddessen die Rechte bei der Herstellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Beteiligung des Versteigerungsbetriebes den übrigen Rechten nachgelegt werden würden. Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muss vor der Erteilung des Zuschlages die Aufhebung oder die einstweilige Einschaltung des Versteigerer herbeiführen, währenddessen für das Recht der Versteigerungsbetrieb an die Stelle des versteigerten Begegnungsorts tritt. 10649 Amtsgericht Löbau, den 22. Februar 1923. [10642]

Auf Blatt 317 des Handelsregisters, seitl. die Firma Vogtländische Credit-Aktiengesellschaft in Markneukirchen, Zweigniederlassung der unter der gleichen Firma in Falkenstein i. S. bestehenden Hauptniederlassung, ist heute eingetragen worden, dass das Stammkapital durch Beschluss der Gesellschafter vom 15. Dezember 1922 hat sich die Gesellschaft aufgelöst. Ihr Vermögen ist als Ganzes auf die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft in Hamburg übertragen und es ist vereinbart worden, dass eine Liquidation des Vermögens der aufgelösten Gesellschaft nicht stattfinden soll. 10613 Amtsgericht Markneukirchen, 22. Februar 1923.

Auf Blatt 314 des Handelsregisters (Eisenhütte, Maschinen- & Papierfabrik) S. A. Mühlner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Übergruna ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 30. November 1922 auf zweihunderttausend Mark erhöht worden. 10648

Amtsgericht Rösen, 23. Februar 1923. [10623]

Auf Blatt 317 des Handelsregisters (Kommanditgesellschaft Johannes Schneider in Obergruna) ist heute eingetragen worden: Durch Beschluss der Gesellschafter vom 7. Februar 1923 hat sich die Gesellschaft aufgelöst. Die bisherige Inhaberin und der Kommandit sind ausgeschieden. Die Firma Schneider ist erloschen. Die Firma lautet künftig: Schneider & Co. Abt. Übergruna; ihr Sitz ist Übergruna. Das Handelsgeschäft ist Zweigniederlassung der Chemnitz bestehenden Hauptniederlassung Biernacki & Co. Als Gegenstand des Unternehmens ist angegeben worden: Holzschleiferei, Pappe- und Kartonagenfabrikation. Das Handelsgeschäft ist von dem Kaufmann Alexander Biernacki in Chemnitz als dem alleinigen Inhaber der Firma Biernacki & Co. in Chemnitz erworben worden. 10641

Auf Blatt 318 des Handelsregisters ist angegeben worden die Firma Max Kühl in Eibenstock und als deren Gesellschafter a) der Fabrikant Karl Heinrich Kühl in Eibenstock, b) der Fabrikant Max Ernst Kühl in Schönfeld eingetragen worden. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1922 erichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Ver- und Maschinenfabrik. 10642

Amtsgericht Eibenstock, am 19. Februar 1923.

Auf Blatt 558 des Handelsregisters ist angegeben worden die Firma Max Kühl in Eibenstock und als deren Gesellschafter a) der Fabrikant Karl Heinrich Kühl in Eibenstock, b) der Fabrikant Max Ernst Kühl in Schönfeld eingetragen worden. Die Gesellschaft ist am 1. Februar 1923 erichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Ver- und Kartonagenfabrikation. 10643

Auf Blatt 136 des hierigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Oskar Dörrer & Sohn in Freital-Potschappel. Der Ingenieur Heinrich Max Kühl in Freital-Po. ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Werkzeugmaschinen und Werkzeugen. 10644

Amtsgericht Freital, den 21. Februar 1923.

Auf Blatt 136 des Handelsregisters ist angegeben worden die Firma Oskar Dörrer & Sohn in Freital-Potschappel. Der Ingenieur Heinrich Max Kühl in Freital-Po. ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Betrieb von Schuhmatten. 10645

Aufs Blatt 1 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Johann Schneider in Lunzenau betr. ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Oswald Wilhelm Kühl in Lunzenau ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. 10646

Amtsgericht Lunzenau, den 23. Februar 1923.

Auf Blatt 652 des Handelsregisters für den Stadtkreis Pirna ist heute die Kommanditgesellschaft Grieshammer & Söder Aktiengesellschaft in Pirna bestätigt. Die obige Handelsniederlassung der Firma Grieshammer & Söder in Dresden unter der Firma Grieshammer & Söder in Dresden betriebene Bankgeschäfte — eingetragen worden. Der Geschäftszweig befindet sich in Pirna, Gartenstr. Nr. 8. Weiter ist eingetragen worden: Gesellschafter sind die Bankiers Max Grieshammer in Dresden und Friedrich Söder, daselbst, ja als persönlich haftende Gesellschafter und zwei Kommanditisten. Die Gesellschaft hat am 15. Januar 1921 begonnen. Die persönlich haftenden Gesellschafter dürfen die Gesellschaft nur gemeinsam oder ein jeder von ihnen nur in Gemeinschaft mit einem Prokurranten oder einem Handlungsbewilligten vertreten. Gesamtprokura ist erteilt dem Bankbeamten Oskar Johannes Freiglechner in Dresden, dem Bankbeamten Bruno Max Kühl in Dresden, dem Bankbeamten Walter Georg Klaus in Oberwiesenthal, dem Bankbeamten Walter Robert Schönberg in Dresden, dem Bankbeamten Kurt Halle in Radeberg, dem Filialdirektor Heinrich Georg Hoffmann in Pirna, dem Filialdirektor Walter Otto Lange in Freital, dem Bankbeamten Otto Richard Hennig in Dresden, dem Bankbeamten Martin Gelpke, daselbst, und dem Filialdirektor Heinrich Hermann Dreyer, daselbst, jeder von ihnen ist berechtigt, die Gesellschaft mit einem persönlich haftenden Gesellschafter oder mit einem anderen Prokurranten gemeinsam zu vertreten. 10647

Amtsgericht Reichenbach i. S., 22. Februar 1923.

In das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Reichenbach i. S. ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 21893 die Firma Max Kühl in Leipzig (Kurz. Str. 1). Der Buchhändler Friedrich Hermann Max Kühl in Leipzig ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Buchhandlung und Antiquariat;

2. auf Blatt 21894 die Firma W. Kühl & Söhne in Leipzig, Hallesche Str. 87/89; Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Werkzeugen, technischen Artikeln, Spielwaren usw. Nellameiteln;

3. auf Blatt 619, betr. die Firma Peillan & Schindler in Leipzig: Die Prokura des Max Kühl in Leipzig ist erloschen. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Robert Julius Lustig und Willy Hausmann, beide in Leipzig;

4. auf Blatt 15255, betr. die Firma Richard Jausch in Leipzig: Louis Jausch ist als Inhaber ausgeschieden. Der Kaufmann Kurt Max Kühl in Leipzig ist Inhaber;

5. auf Blatt 15288, betr. die Firma Pfau & Rothe in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst; Paul Otto Rothe ist — infolge Ablebens — als Gesellschafter ausgeschieden. Kurt Robert Pfau ist erloschen;

6. auf Blatt 2179, betr. die Firma Telefor Kammelde in Leipzig: Prokura ist dem Kaufmann Andreas Höfer-Böhm in Leipzig erteilt;

7. auf Blatt 21403, betr. die Firma Telefor Kammelde in Leipzig: Prokura ist dem Kaufmann Andreas Höfer-Böhm in Leipzig erteilt;

8. auf Blatt 21408, betr. die Firma Arthur Pfeisch in Leipzig: Die Prokura des Kurt Gleibach Walter Berger ist erloschen;

9. auf Blatt 17494, betr. die Firma Hollauer & Co. Metallwarenfabrik in Leipzig: Die Firma ist erloschen. 10649

Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 23. Februar 1923.

Auf Blatt 1054 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Schuh- und Pantoffelarbeiten Gretha Winter in Erimmischau bet., ist heute eingetragen worden, dass das Grundkapital durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Januar 1923 von 1 000 000 M. auf 2 000 000 M. also um 1 000 000 M. verhöllt in 1000 Stück Aktien übernommen, erhoben worden ist; der Ausgabeurkunde beträgt 4000 M. für das Stück. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 27. März 1920 ist durch den gleichen Leisniger laut Notariatprotokoll vom 23. Januar 1923 in den §§ 3 und 4 entsprechend abgeändert worden. 10610 Golditz, 22. Februar 1923. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1054 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Schuh- und Pantoffelarbeiten Gretha Winter in Erimmischau bet., ist heute eingetragen worden, dass das Grundkapital durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Januar 1923 von 1 000 000 M. auf 2 000 000 M. also um 1 000 000 M. verhöllt in 1000 Stück Aktien übernommen, erhoben worden ist; der Ausgabeurkunde beträgt 4000 M. für das Stück. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 27. März 1920 ist durch den gleichen Leisniger laut Notariatprotokoll vom 23. Januar 1923 in den §§ 3 und 4 entsprechend abgeändert worden. 10610 Golditz, 22. Februar 1923. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1054 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Schuh- und Pantoffelarbeiten Gretha Winter in Erimmischau bet., ist heute eingetragen worden, dass das Grundkapital durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Januar 1923 von 1 000 000 M. auf 2 000 000 M. also um 1 000 000 M. verhöllt in 1000 Stück Aktien übernommen, erhoben worden ist; der Ausgabeurkunde beträgt 4000 M. für das Stück. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 27. März 1920 ist durch den gleichen Leisniger laut Notariatprotokoll vom 23. Januar 1923 in den §§ 3 und 4 entsprechend abgeändert worden. 10610 Golditz, 22. Februar 1923. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1054 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Schuh- und Pantoffelarbeiten Gretha Winter in Erimmischau bet., ist heute eingetragen worden, dass das Grundkapital durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Januar 1923 von 1 000 000 M. auf 2 000 000 M. also um 1 000 000 M. verhöllt in 1000 Stück Aktien übernommen, erhoben worden ist; der Ausgabeurkunde beträgt 4000 M. für das Stück. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 27. März 1920 ist durch den gleichen Leisniger laut Notariatprotokoll vom 23. Januar 1923 in den §§ 3 und 4 entsprechend abgeändert worden. 10610 Golditz, 22. Februar 1923. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1054 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Schuh- und Pantoffelarbeiten Gretha Winter in Erimmischau bet., ist heute eingetragen worden, dass das Grundkapital durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Januar 1923 von 1 000 000 M. auf 2 000 000 M. also um 1 000 000 M. verhöllt in 1000 Stück Aktien übernommen, erhoben worden ist; der Ausgabeurkunde beträgt 4000 M. für das Stück. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 27. März 1920 ist durch den gleichen Leisniger laut Notariatprotokoll vom 23. Januar 1923 in den §§ 3 und 4 entsprechend abgeändert worden. 10610 Golditz, 22. Februar 1923. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1054 des Handelsregisters, die Firma Mechanische Schuh- und Pantoffelarbeiten Gretha Winter in Erimmischau bet., ist heute eingetragen worden, dass das Grundkapital durch Beschluss der außerordentlichen Generalversamml

Zu Geschäftsführern sind bestellt a) die Kaufleute Vogt Dehne in Dresden, b) Gustav Dehne in Leipzig und c) Kurt Pöschel in Leipzig. Proviso ist er seit den Kaufleuten a) Adolf Stasius, b) Reinhold Späth, c) Wilhelm Schäfer, d) Siegfried Graf, e) Kurt Hermann, f) Dr. Erich Schröder, sämtlich in Leipzig. Sie dürfen die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen vertreten; der unter e) genannte Kurt Hermann darf die Reichenbacher Zweigstelle in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen oder einem Bevollmächtigten vertreten. Weiter wird beklagt, dass alle Beauftragungen der Gesellschaft erfolgen im Reichsangehörigen. 10639

**Amtsgericht Reichenbach i. V.**, den 23. Februar 1923.  
Sanitätsrat Dr. Hietzel in Dresden-R., Weintraubendstr. 9, hat das Antrage der Miete Nr. 2180 der Altenbergschen Zuchthammer über 420 Mark beantragt. Der Inhaber dieser Wirtschaft wird aufgefordert, spätestens in dem am den 27. September 1922, vorst. 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht überbrachten Aufgabenblätter seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen. Gleichzeitig das nicht, so wird die Ausschließung der Inhaber erfolgen. 10639

**Amtsgericht Niesa**, den 22. Februar 1923.  
Auf Blatt 396 des Handelsregister, die Firma Beyer Söhne, Aktiengesellschaft in Niesa betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalsammlung vom 13. Januar 1923 hat die Größe des Gewinnkapitals um achtzig Millionen Mark, in Ratenzahlung auf den Inhaber lautende Stammlinien zu je einundfünfzig Mark und zehn auf den Namen laufende Vorzugaktien zu je einhunderttausend Mark verfügt, wobei auf zweihundert Millionen Mark beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Geschäftsführer vom 21. November 1903 ist durch den Geschäftsführer vom 13. Januar 1923 laut Notarleitprotokoll von diesem Tage in den §§ 4, 9, 10, 12, 15, 16, 17, 19, 20, 21 abgedeckt worden. Weiter wird bekanntgegeben: Von den Stammlinien werden 12 000 Stück zum Kurs von 275 % und 5000 Stück zum Kurs von mindest 275 % aufgegeben. Die Ausgabe der Vorzugaktien im Betrage von 1 000 000 Mark erfolgt zum Nennwert. Bei den 6000 Stück Stammlinien zum Niederkurs von 275 % und den 10 Stück

Vorzugaktien ist das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Die Vorzugaktien nehmen an dem Gewinn in der Weise teil, dass sie, bevor auf die Stammlinien etwas entfällt, 8 % ihres Stammwertes erhalten. Sollten in den nächsten Jahren weniger als 8 % auf die Vorzugaktien verteilt werden sein, so erhalten sie aus den Gewinnen der späteren Jahre den fehlenden Betrag nachgezahlt, bevor etwas auf die Stammlinien entfällt. Die Nachzahlung dieser Gewinnanteile erfolgt auf die Gewinnanteile, welche in dem Jahre, in dem sie verdient werden sind. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erhalten die Vorzugaktien zunächst etwas rückläufige Gewinnanteile von 8 %, ab wann erhalten sie, bevor auf die Stammlinien etwas entfällt, den auf sie eingestellten Betrag. Die Vorzugaktien haben das 15-jährige Stimrecht der Stammlinien, somit für je 1000 Mark Kapital 15 Stimmen, bei Beschlussfassung über Verleihung des Aufsichtsrates, Ausübung des Gesellschaftsvertrages und Ausübung der Gesellschaft. In allen übrigen Fällen haben sie das gleiche Stimrecht wie die Stammlinien. Die Vorzugaktien können jederzeit in Stammlinien umgewandelt werden, wenn beide Aktionärgattungen dies in getrennten Abstimmungen beschließen und wenn dabei in einer gemeinsamen Abstimmung beider Aktionärgattungen der gleiche Beschluss mit Stimmenmehrheit gefasst wird. Nach Umwandlung der Vorzugaktien erhalten die dadurch entstehenden neuen Stammlinien dasselbe Stimrecht wie die bisherigen. 10631

**Amtsgericht Niesa**, den 23. Februar 1923.

Auf Blatt 396 des Handelsregister, die Firma Beyer Söhne, Aktiengesellschaft in Niesa betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalsammlung vom 13. Januar 1923 hat die Größe des Gewinnkapitals um achtzig Millionen Mark, in Ratenzahlung auf den Inhaber lautende Stammlinien zu je einundfünfzig Mark und zehn auf den Namen laufende Vorzugaktien zu je einhunderttausend Mark verfügt, wobei auf zweihundert Millionen Mark beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Geschäftsführer vom 21. November 1903 ist durch den Geschäftsführer vom 13. Januar 1923 laut Notarleitprotokoll von diesem Tage in den §§ 4, 9, 10, 12, 15, 16, 17, 19, 20, 21 abgedeckt worden. Weiter wird bekanntgegeben: Von den Stammlinien werden 12 000 Stück zum Kurs von 275 % und 5000 Stück zum Kurs von mindest 275 % aufgegeben. Die Ausgabe der Vorzugaktien im Betrage von 1 000 000 Mark erfolgt zum Nennwert. Bei den 6000 Stück Stammlinien zum Niederkurs von 275 % und den 10 Stück

Im hiesigen Handelsregister ist heute auf Blatt 636 die Firma "Kontor Meier" in Jähnsdorf und als deren Inhaber der Kaufmann Adolf Theodor Louis Meier in Jähnsdorf eingetragen worden. Angegebenes Geschäftszweig: Handel mit Drogen und Kolonialwaren. 10632  
**Amtsgericht Stollberg**, den 23. Februar 1923.

Auf Blatt 173 des Handelsregister, die Firma Otto Beyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Sommerfeld betr., ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Otto Beyer in Sommerfeld ist als Geschäftsführer eingestellt. Der Kaufmann Otto Beyer in Braunsdorf ist Mitglied des Vorstandes. 10633  
**Amtsgericht Stollberg**, den 23. Februar 1923.

Auf Blatt 173 des Handelsregister, die Firma Otto Beyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Sommerfeld betr., ist heute eingetragen worden:

Der Kaufmann Otto Beyer in Sommerfeld ist als Geschäftsführer ausgeschieden. 10633  
**Amtsgericht Stollberg**, den 23. Februar 1923.

Auf Blatt 173 des Handelsregister, die Firma Otto Beyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Sommerfeld betr., ist heute eingetragen worden:

Der Kaufmann Otto Beyer in Sommerfeld ist als Geschäftsführer ausgeschieden. 10633  
**Amtsgericht Stollberg**, den 23. Februar 1923.

**Bierbankpolitik in Reinkultur.**  
Das Dresdenner Organ der Rechtsbürgerlichkeit, die "Sächsische Landeszeitung", deren abgekürzte Veröffentlichung erst ganz neuerdings abgelaufen ist, hat anlässlich des Bedürfnisses, wieder von sich reden zu machen. Unter der Überschrift "Der innere und der äußere Feind" bringt sie in ihrer Nummer vom 17. d. M. einen Bericht, der so ziemlich das Tolleste ist, was sich traditionäre Bierbankpolitiker unserer Tage gekleidet haben.

Wenn behauptet wird, keinem Volke der Ede sei jemals ein derartiger Schnarch- und Gewaltfriede zugemessen worden, wie dem deutschen, so ist das ohne weiteres zugewiesen; wenn aber daraus die Folgerung gezogen wird, es gebe fast keine andre Hoffnung mehr, als von neuem zu den Waffen zu greifen, um sich die feindlichen Uppen und Blasenzeugt des deutschen Volkes vom Halse zu schaffen, so muss man doch fragen, ob der Verfasser des Russischen Vertrags, den er mit Recht so abschreckend tituliert, überhaupt gekleidet hat. Ist das aber der Fall, dann muss ihm auch klar geworden sein, dass Deutschland völlig entwaffnet und wehrlos und daher auf absehbare Zeit als kriegsführende Macht ausgeschaltet ist. Der Herr Verfasser aber bezeichnet fröhlig einen und von unseren Feinden ausgewogenen Krieg als "eine eigene Notwendigkeit", und behauptet, die deutsche Regierung lasse durchdringen, dass die Räumung des Reichsgebietes "nur mit Gewalt zu erreichen" sei. Das deutsche Volk werde durch den Versuchungswillen der Franzosen und Belgier "herausgefordert, zu den Waffen zu greifen". Lange werde das deutsche Volk die brutale Gewaltsherrschaft der Franzosen und Belgier nicht mehr mit ansehen. Mit Prothesen sei nichts geholfen. "Das Schwert wird über Deutschlandes Freiheit oder Knechtschaft entscheiden müssen." Die Regierung sollte nicht davor zurückstehen, den Rückhalt der drohenden Kriegsgefahr über das ganze unbesetzte Deutschland zu verhängen. In den Kreisen der rechtsextremen Parteien würden Sicherlich die meisten Kriegswilligen zu finden sein, die zu den Fahnen eilen, (was man bis zum tatsächlichen Beweis wohl bezweifeln darf). Dabei muss der Verfasser selbst angeben, dass die Reichsregierung

aus verschiedenen Rücksichten gezwungen ist, von einer sofortigen Kriegserklärung an Frankreich und Belgien abzusehen. Als Grund führt er an, dass die Tschechen und Polen im Falle eines Kriegsbeginns sofort in Deutschland einfallen würden. Aber wie kann Herr Hugo Meyer, der den erwähnten Ausschuss geschrieben hat, zu der Annahme gelangen, Deutschland habe im Falle eines Krieges mit Frankreich und Belgien mindestens auf wohlwollende Neutralität Englands zu rechnen, und Anglonien werde über Polen herfallen? Man sieht, blutige Bierbankpolitik ist es, die hier geschildert wird, und es ist bedauerlich, dass in einer Zeit, wo und auf allen Gebieten der Politik Bevölkerung und Staat so notwendig wie in wie das latein. Welt, derartige Auslösungen in die Welt gelegt werden, die wahrhaftig nicht dazu dienen können, unsere Stellung zu erleichtern, die uns vielmehr lediglich in die Gefahr bringen können, nicht mehr ernst genommen zu werden. Das aber hätte uns gerade noch gefehlt!

## Tageschronik.

### Massenbeschaffung von Beamten.

Den Staat um Milliarden geschädigt.

Großen Durchschlagreien ist man auf dem Börsenplatz in Ultimobrabi auf die Spur gelommen. Zwei aus Galizien nach Berlin gekommene Kaufleute vor es durch Bezeichnung von Hilfsangestellten des Börsenplatzes und Speditionsangestellten gelungen, mit Hilfe von Ausschuhbewilligungsscheinen, die ihnen die ungezügten Beamten des Börsenplatzes verschafft hatten, Güter aller Art ins Ausland zu befördern. Der dem Staat erwachsene Schaden soll in Milliarden gehen. Bisher sind etwa 14 Personen verhaftet worden.

### Millionendiebstahl im Simplonexpresszug.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, einen im Simplonexpresszug ausgefahrene Golddiebstahl aufzuklären und den

fahnen mit England, Frankreich usw. Et. 0,24 und Et. 26,32; e) auf die Entzündung von Auslandsschulden, Kolonialdeutschland und W. 75839,30. Die Döll. 6,53 Mill. bedeuten die während des Krieges in den Vereinigten Staaten von Amerika untergetriebenen Schatzanweisungen, deren Einlösung eingeleitet ist. Die russischen 668,15 Mill. Mark-Schatzanweisungen und die 155,48 Mill. Mark, röhren im wesentlichen aus den für die ehemaligen Verbündeten übernommenen Verbindlichkeiten her.

\* Die Rohstoffversorgung der Textilindustrie. In ihrem Jahresbericht macht die Bremere Handelskammer ausführliche Mitteilungen über den Handel mit Textilstoffen, für die Bremen der wichtigste deutsche Markt ist, und über die Lage der deutschen Textilindustrie im Jahre 1922. Wir entnehmen ihm folgende Ausschreibungen:

Bremens Baumwollhandel hat sich im vergangenen Jahre nicht ungünstig entwickelt. Die Tatsache, dass der Bedarf an Geweben alter Art anhaltend sehr groß war, lag immer klarer erkennbar, wie nicht nur unter Volk, sondern fast die ganze Welt noch entblößt ist von Stoffen für den Kleidungsbedarf, und dass auf diesem Gebiete die Nachfrage des Krieges bei weitem noch nicht überwunden sind. Die Beschäftigung der deutschen Baumwollindustrie war im allgemeinen bestreitig, wenngleich seit einigen Monaten und besonders in letzter Zeit in diesen Distrikten zu Verschärfungen gekommen werden musste, wodurch das Geschäft jährlings partei Ende trifft. Was wird dann reden müssen, dass diese Erholung zunächst weitere Fortschritte machen wird; denn die Industrie ist jetzt, wo 100 Baumwolle mit über 100 Mill. Mark bezahlt werden müssen, außerstande, ihren Bedarf zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe einzukaufen. In dieser Lage beansprucht die Industrie

Vorzugaktien ist das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Die Vorzugaktien nehmen an dem Gewinn in der Weise teil, dass sie, bevor auf die Stammlinien etwas entfällt, 8 % ihres Stammwertes erhalten. Sollten in den nächsten Jahren weniger als 8 % auf die Vorzugaktien verteilt werden sein, so erhalten sie aus den Gewinnen der späteren Jahre den fehlenden Betrag nachgezahlt, bevor etwas auf die Stammlinien entfällt. Die Nachzahlung dieser Gewinnanteile erfolgt auf die Gewinnanteile, welche in dem Jahre, in dem sie verdient werden sind. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erhalten die Vorzugaktien zunächst etwas rückläufige Gewinnanteile von 8 %, ab wann erhalten sie, bevor auf die Stammlinien etwas entfällt, den auf sie eingestellten Betrag. Die Vorzugaktien haben das 15-jährige Stimrecht der Stammlinien, somit für je 1000 Mark Kapital 15 Stimmen, bei Beschlussfassung über die Verleihung des Aufsichtsrates, Ausübung des Gesellschaftsvertrages und Ausübung der Gesellschaft. In allen übrigen Fällen haben sie das gleiche Stimrecht wie die Stammlinien. Die Vorzugaktien können jederzeit in Stammlinien umgewandelt werden, wenn beide Aktionärgattungen dies in getrennten Abstimmungen beschließen und wenn dabei in einer gemeinsamen Abstimmung beider Aktionärgattungen der gleiche Beschluss mit Stimmenmehrheit gefasst wird. Nach Umwandlung der Vorzugaktien erhalten die dadurch entstehenden neuen Stammlinien dasselbe Stimrecht wie die bisherigen. 10631

**Amtsgericht Taucha**, den 23. Februar 1923.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Henne & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Taucha ist zur Abnahme der Schuftechnik des Verwalters, zur Erledigung von Einwendungen gegen das Schufverfahren und der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Vorbehalte sowie über die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Schufverwaltungsausschusses der Schuftechnik auf den 23. März 1923, vorm. 1/2 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgerichte bestimmt worden. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft ist auf 15 000 M. festgesetzt werden. 10634

**Amtsgericht Taucha**, den 23. Februar 1923.

Im Handelsregister ist am 12. Februar 1923 eingetragen worden:

auf Blatt 243, die Firma Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 12. Februar 1923

eingetragen worden:

auf Blatt 243, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Niederwürschnitz, sind ausgeschieden.

Im Handelsregister ist am 16.2.1923

auf Blatt 9, die Firma Tharandt Zäts. Aluminiumwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Tharandt betr.: Der Chemie-Handel Meth in Dresden ist ausgeschieden;

auf Blatt 161, die Firma Müller & Co. in Niederwürschnitz betr.: Die Kaufleute Paul Kurt Müller und Hermann Richard Müller, beide in Nieder